

Schweiz

Eigeninteressen I. Toni Brunner hat mit seinem Vorschlag zum Dreier-Ticket für den Bundesrat überrascht – auch seine Fraktion. **Seite 4**

International

Eigeninteresse II. Katalonien ist seit gestern offiziell auf dem Weg in die Unabhängigkeit. Das Parlament hat eine Resolution verabschiedet. **Seite 7**

Basel

Friedhof. Das Hörnli sei heruntergekommen und mache einen tristen Eindruck, moniert EVP-Grossrätin Annemarie Pfeifer. **Seite 12**

Gewerbe. Was der FC Basel schon erfolgreich betreibt, soll nun auch das Gewerbe erhalten: einen Campus zur Nachwuchsförderung. **Seite 12**

Wegerecht. Der Streit zwischen einer Spaziergängerin und vier Velofahrern eskaliert und ruft die Gemeinde auf den Plan. **Seite 18**

Kultur

Desaster auf der Bühne. Hier geht alles schief, was nur schiefgehen kann: Das Stück «Toi, toi, toi!» feierte im Theater Fauteuil Premiere. **Seite 23**

Wirtschaft

Hardware. Eine halbe Million Diesel-Fahrzeuge von VW brauchen mehr als nur den Austausch der manipulierten Software. **Seite 33**

Sport

Sieger der Herzen. Valentino Rossi verpasste in Valencia zwar knapp den WM-Titel im MotoGP, wurde aber gefeiert wie ein Held. **Seite 38**

Zwei Schlüsselfragen. In Feusisberg, wo sich die Nationalmannschaft derzeit aufhält, geht es weniger um Sportliches als um Personelles. **Seite 40**

Wetter

Region. Wir haben den 10. November und die Nullgradgrenze liegt derzeit knapp über 4000 Meter! In unseren Niederungen gibts 16 Grad. **Seite 20**

www.baz.ch

Online. In der Deutschschweiz dürften heute diverse Baustellen stillstehen. Die Gewerkschaften Unia und Syna setzen damit Druck auf für einen neuen Gesamtarbeitsvertrag.



Russland steht am Pranger

Doping-Skandal weitet sich aus – nun schaltet sich Interpol ein

Genf. Mit der Forderung nach drakonischen Strafen reagiert die Welt-Anti-Doping-Agentur (Wada) auf die Doping-affäre in Russland. Die Ermittlungskommission der Wada empfahl am Montag in Genf, Russland aus dem Internationalen Leichtathletik-Verband (IAAF) auszuschliessen. Das Kontrolllabor in Moskau soll geschlossen werden; dessen Direktor Grigori Rodschenkow gab die Beseitigung von 1417 Dopingproben zu.

Die Ermittlungskommission war eingesetzt worden, um die in einer ARD-Dokumentation erhobenen Vorwürfe über Doping im russischen Spitzensport zu untersuchen. Angesichts der kriminellen Dimension der Verfehlungen in der Leichtathletik schaltet sich nun auch Interpol ein: Die Welpolizei will die Untersuchungen rund um den Globus koordinieren. **aws/Sl Seite 40**

Justizministerin missachtet den eigenen Notfallplan

Bundesrätin Sommaruga müsste «Sonderstab Asyl» einberufen

Von Christian Keller, Dominik Feusi und Benedict Neff

Bern/Berlin. Justizministerin Simonetta Sommaruga (SP) ist seit fünf Jahren für das Asylwesen zuständig. Vor drei Jahren hat sie in einem «Notfallkonzept Asyl» und «Weisungen zum Sonderstab Asyl» festgehalten, was bei einem Ansturm von Asylbewerbern geschehen müsse. Dieses Konzept geht von 16000 Flüchtlingen pro Jahr aus. Dieses Jahr werden es gemäss Prognose des Staatssekretariates für Migration mehr als doppelt so viele sein. Den von Sommaruga für eine solche Entwicklung eigens vorgesehenen «Sonderstab Asyl» hat sie bis jetzt noch nicht dem Bundesrat beantragt, obwohl sie selber dies in den Weisungen zum Gremium ausdrücklich so festgehalten hat.

Derweil sorgt im Aargau die für das Asylwesen zuständige Regierungsrätin Susanne Hochuli (Grüne) mit bemerkenswerten Aussagen für Verärgerung. Die Politikerin, die auch als kantonale Militärdirektorin amtiert, spricht sich dafür aus, im Notfall Flüchtlinge in Kasernen einzuquartieren. Was mit den Soldaten geschehen soll, für welche die Räumlichkeiten eigentlich vorgesehen sind, hat Hochuli indessen nicht abgeklärt. Der wenig durchdachte Plan sorgt in bürgerlichen Reihen für starke Kritik.

Dicke Luft in Berlin

Die EU-Staaten haben in den vergangenen Monaten verschiedene Massnahmen zur Bewältigung der Flüchtlingskrise beschlossen. Jetzt gehe es um die Umsetzung, sagte Bundespräsident

tin Simonetta Sommaruga vor dem Sondertreffen der EU-Innenminister. «Darüber werden wir heute diskutieren», sagte sie am Montag in Brüssel. Konkret gehe es etwa um eine korrekte Registrierung der Migranten und Flüchtlinge in den Empfangszentren.

In Berlin herrscht indessen dicke Luft: Der deutsche Innenminister Thomas de Maizière verkündete bereits vergangene Woche in Albanien einen neuen Beschluss für Flüchtlinge, der zeitlich begrenzt sein soll und den Familien nachzug ausschliesst. In der Regierung hatte von einem solchen Beschluss noch niemand gehört. Wenige Stunden später schon musste de Maizière nach der Landung in Berlin sein Votum zurückziehen und erklären, dass noch «Gesprächsbedarf» bestehe. **Seiten 3, 6**

Der rastlose Valery Gergiev



Weltreisender der Musik. Der russische Dirigent Valery Gergiev hält wohl den Weltrekord im Dirigieren. Seine Jahresbilanz beläuft sich auf rund 300 Konzerte, wobei er an manchen Tagen mehr als ein Programm leitet. Da er öfter Verständnis für die Politik Putins zeigte, haftet ihm das Image eines Freundes der Mächtigen an. Bevor er am Montag in Basel sein Petersburger Mariinsky-Orchester leitet, trafen wir ihn an seinem zweiten Wirkungsort in München. **blj Foto Alberto Venzago Seite 21**

ABB macht Tempo in Indien

Konzernchef Spiesshofer will den Umsatz verdoppeln

Delhi. Die demokratische Regierung in Indien will die Wirtschaft mit einem markanten mehrjährigen Investitionsprogramm voranbringen. Mit hoher Priorität soll insbesondere die Stromversorgung bis zum Jahr 2017 flächendeckend verbessert werden. Noch haben 600 Millionen Inder keinen regelmässigen Zugang zu Strom.

Zu jenen internationalen Konzernen, die in Indien eine gute Ausgangslage haben, gehört ABB. Der schweizerisch-schwedische Stromübertragungs- und Automatisierungskonzern will seinen Indien-Umsatz «in naher Zukunft verdoppeln», wie CEO Ulrich Spiesshofer im Interview mit der BaZ ankündigte. ABB ist daran, im Norden Indiens eine 1700 Kilometer lange «Strom-Autobahn» fertigzustellen, die Massstäbe setzen soll. **rm Seite 31**

Ein SVP-Referendum wird es nicht geben

Ein Grossrat weibelt für den 80-Millionen-Deal

Von Mischa Hauswirth

Basel. Morgen Mittwoch, wenn der Grosse Rat über das von der Regierung vorgeschlagene 80 Millionen schwere Hilfspaket für den Kanton Basel-Landschaft abstimmt, wird Oskar Herzog triumphieren können. Der SVP-Grossrat hat in den vergangenen Tagen nichts unversucht gelassen, um seine Partei hinter die Finanzspritze zu bringen. Ein Referendum dürfe es auf keinen Fall geben, sagt Herzog zur BaZ. Denn ein Referendum würde zur Kündigung des Vertrags zwischen den beiden Kantonen führen und das würde Stillstand in der Bildungslandschaft bedeuten.

Als Präsident der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission der Universität Basel (IGPK Uni) hat Herzog

auch Parteipräsident Sebastian Frehner überzeugt. Vom Willen, das Volk über die 80 Millionen Franken abstimmen zu lassen, ist nichts mehr übrig. Grund: Frehner will es sich mit einem Referendum nicht mit den anderen Parteien verscherzen. Denn er erhofft sich Chancen, irgendwann in den Regierungsrat einzuziehen zu können.

Bei der Baselbieter Schwesterpartei hält man sich bedeckt zur Frage, wie sie sich dazu stellt, dass die SVP Basel-Stadt die Finanzspritze durchwinken will. Oskar Kämpfer, Präsident der SVP Baselland, sagt, er wolle sich nicht einmischen und gehe davon aus, dass die Städte aufgrund von Fakten entscheiden werden. «Ich muss aber feststellen, dass die Städte nicht alle Fakten kennen», erklärt Kämpfer. **Seite 15**

Pro und Contra Strasseninitiative

VCS-Fuchs und LDP-Vischer kreuzen die Klinge

Basel. Von einer «wegweisenden» und «wichtigen» Abstimmung sprechen Gegner und Befürworter, wenn sie über die VCS-Strasseninitiative und den Gegenvorschlag sprechen. Die Basler Stimmbewölkerung stimmt am kommenden Sonntag über die Vorlagen ab. Die Strasseninitiative will, dass an sämtlichen Hauptstrassen im Kanton genügend breite Trottoirs und Velostreifen oder Velowege gebaut werden. Zudem muss der öffentliche Verkehr an Ampeln konsequent bevorzugt werden. Ist das nicht möglich, soll Tempo 30 zum Zug kommen.

Die Regierung hat zu dieser Initiative einen Gegenvorschlag ausgearbeitet. Diesen hat der Grosse Rat noch umformuliert und fünf Millionen Franken für die Umsetzung innerhalb von sieben Jahren bewilligt. Der Gegenvorschlag will Velostreifen und Trottoirs nur dort ausbauen, wo dies mit Signalisationen und Markierungen oder einfachen baulichen Mitteln möglich ist. Die Umsetzung der Strasseninitiative innerhalb von fünf Jahren hingegen würde je nach Berechnung 100 bis 140 Millionen Franken kosten.

Für LDP-Grossrat Heiner Vischer würde bei einem Ja «die allgemeine Frustration über die Verkehrssituation in Basel weiter steigen». Befürworterin Stephanie Fuchs vom VCS sagt, dass Fussgänger und Velofahrerinnen «einen sicheren Platz» entlang der verkehrsreichen Strassen erhielten. **mar Seite 11**

Front gegen den ÖV-Abbau

Gemeinden und Landräte kritisieren Pegoraro

Liestal. Gegen die Ausdünnung schlecht ausgelasteter Bahn- und Buslinien im Kanton Baselland regt sich massiver Widerstand. 15 Gemeinden kündigen gegen die Sparvorlage der Regierung eine Initiative an. Schützenhilfe erhalten sie von zehn bürgerlichen Parlamentariern aus dem Oberbaselbiet. Beide Seiten kritisieren Baudirektorin Sabine Pegoraro, die eine Sparvorlage aus der Schublade geholt habe, die das Parlament vor drei Jahren versenkt hatte – schon damals hatten sich die Gemeinden per Initiative gewehrt.

Die Parlamentarier aus den Reihen der SVP und der FDP verlangen von der Regierung eine neue ÖV-Sparvorlage mit dem von ihr angepeilten Sparziel von 900000 Franken, jedoch mit alternativen Vorschlägen und mit Blick auf den ganzen Kanton. **ch Seite 18**

USA und Israel beteuern Bündnis

Treffen von Obama und Netanyahu im Weissen Haus

Washington. Nach ihrem heftigen Streit über das Atomabkommen mit Iran haben US-Präsident Barack Obama und der israelische Regierungschef Benjamin Netanyahu bei einem Treffen in Washington die Bedeutung der Beziehungen zwischen beiden Ländern hervorgehoben. Doch die netten Worte vor laufender Kamera können nicht über die schlechte Stimmung zwischen den beiden Politikern hinwegtäuschen. Sowohl Obama als auch Netanyahu haben sich allerhand vorzuwerfen.

Trotzdem sind die beiden Länder aufeinander angewiesen. Nie zuvor war die israelisch-amerikanische Kooperation bei der Sicherheit intensiver als jetzt. Die USA haben im Orient keinen verlässlicheren Bündnispartner als Israel. **SDA/heu Seite 2, 6**